mitglieder mitteilung

15. Januar 2016

Ausgabe 1 / 2016

Artikelübersicht

- **Editorial**
Liebe Mitglieder (Dr. Axel Berg)
Seite 1/2
- **Geschäftsführung AWK**
Mutterschutz (Julia Neff)
Seite 2
- **Kurzmeldungen**
(Julian Aicher)
Seite 3/4
- **Ankündigung**
*AWK Jahreshauptversammlung am
7. Mai 2016 in Nagold*
Seite 4
- **Wasserkraft - Workshop**
(Büro Alwin Eppler)
Seite 4
- **Kurzbericht**
CDU Antrag (Manfred Lüttke)
Seite 5
- **Gespräch im Ministerium**
(Dr. Axel Berg)
Seite 6
- **25 Jahre Stromeinspeisungsgesetz**
(Julian Aicher)
Seite 8
- **Südschwarzwald stark**
Seite 10
- **„Das sind zu wenig“**
4 Fragen an Joachim Zacher
Seite 11 (Julian Aicher)
- **Aktions- und Gedenktage**
für Tage der offenen Tür 2016
Seite 13 (Julian Aicher)
- **Nachlese Wasserkraftstammtisch**
Seite 14 (Julia Neff)
- **Neue Kandidatin für den
AWK Vorstand**
(Iracema Kramer)
Seite 15
- **Impressum • Bundesnetzagentur**
Seite 13 • Martin Renn/Elmar Reiter
Seite 16

Verehrte Mitglieder, liebe Freunde der Wasserkraft in Baden-Württemberg

Klimagipfel sind eine Farce. Zentrales Instrument ist der CO₂-Zertifikatehandel. Der Übervater der Energiewende, Hermann Scheer, hielt noch nie was von der Idee, einen globalen Minimalkonsens auf unzureichende Minderungsziele zu beschließen, von denen man sich auch noch freikaufen kann. Er prognostizierte ein Scheitern des Emissionshandels, weil die Industrie zu viele CO₂-Zertifikate bekommt und so eher der Kohle geholfen wird als den Erneuerbaren.

Die Kohle erlebt weltweit eine Renaissance. In Indien, Indonesien oder Afrika, in Polen, den Balkanländern und der Ukraine sind Neubauten geplant. In der Türkei gar 65 Gigawatt. Fünf der zehn schlimmsten Dreckschleudern Europas stehen in Deutschland. Im Herbst ging der neueste Meiler ans Netz, mit dem das Großkraftwerk Mannheim jetzt täglich bis zu 10.000 Tonnen Import-Steinkohle verstromt. Das entspricht 20 Güterzügen mit je 25 Waggons. Pünktlich zum Klimagipfel ging das neue 1.600 Megawatt-Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg ans Netz. Fakten für die nächsten 40 Jahre. So lange laufen die Kraftwerke. Kohle ist einfach zu lukrativ. Potenziale von erneuerbaren Energien werden klein geredet, konventionelle Energiequellen werden überschätzt. Und über fördert. Selbst Deutschland gibt laut Oxfam dreimal so viel für fossile Subventionen aus wie zur Anpassung an den Klimawandel in den armen Ländern, die USA das 51fache und Australien gar das 71fache. Fair ist das nicht.

Neben Klimaschutz geht es den Vereinten Nationen in Paris auch um Krisenprävention und die Verschärfung der Armut durch die klimabedingte Zunahme von Naturkatastrophen, Infektionskrankheiten und Ernteauffällen und daraus resultierenden Flucht- und Migrationsbewegungen. Es ist offen, ob die Transformation des Energiesystems verträglich oder mit großen Verwerfungen vor sich gehen wird.

Die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 ist katastrophal gescheitert. Mehr oder weniger alle davor ebenfalls. Freilich ist der gesellschaftliche Druck heute viel stärker geworden. Die Fakten haben sich erhärtet. Und die Pariser Verhandlungen werden von vielen versammelten Staatschefs als letzte Gelegenheit gesehen, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Doch selbst wenn alle vor der Konferenz angekündigten Klimaziele erreicht werden, wird sich die Erde bis Ende des Jahrhunderts um 2,7 Grad aufwärmen, so der Climate Action Tracker im November. >>>> >>>>

Obwohl bereits zwei Grad Erwärmung zu mächtigen sozialen Verwerfungen führen. Die Umweltflüchtlinge sind bereits heute die global größte Flüchtlingsbewegung.

Zwei Energiesysteme – fossil und erneuerbare – können langfristig nicht nebeneinander existieren. Doch es gibt Hoffnung: Inzwischen liegen weltweit die Nettoinvestitionen in neue Stromerzeugungskapazitäten bei den Erneuerbaren höher als bei fossilen Kraftwerken. Weil es sich trotz Emissionshandel und hohen Fossilsubventionen rechnet. Investitionen in kohlenstofffreie Infrastruktur führen zu guten Ergebnissen für die Bilanzen und das Klima.

Das hilft sowohl den unterentwickelten als auch den überentwickelten Ländern. Hat aber mit globalen Klimakonferenzen nichts zu tun.

Herzlichst Ihr

Dr. Axel Berg

Geschäftsführung Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e.V. Mutterschutz / Elternzeit Frau Julia Neff – Vertretung Josef Dennenmoser

Als erstes möchte ich mich bei allen Mitgliedern für das bisher entgegengebrachte Vertrauen herzlichst bedanken. Seit nunmehr zwei Jahren erledige ich die Aufgaben der Geschäftsführung, mit Hilfe aller Vorstands-, Beiratsmitgliedern sowie dem Präsidenten und Ehrenpräsidenten. Es hat mir immer viel Freude bereitet, den Mitgliedern bei ihren täglichen Aufgaben und Fragen weiter zu helfen sowie die Ziele zur Begünstigung der kleinen Wasserkraft nach außen zu vertreten oder aber dafür zu kämpfen.

Anlass für diesen Artikel ist eine für mich und meine Familie erfreuliche Nachricht. Im Frühjahr werden mein Mann und ich Eltern. Somit kann ich den Aufgaben der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e.V. ab Januar 2016 nicht mehr nachkommen. Es warten neue Herausforderungen auf mich, denen ich mich im ersten Jahr auch voll und ganz widmen möchte.

Es freut mich jedoch sehr, dass wir für das Jahr 2016 meinen Vorgänger, Herrn Josef Dennenmoser, als neuen - alten Geschäftsführer gewinnen konnten. Somit lautet die Anschrift der Geschäftsführung im Jahr 2016:

**Josef Dennenmoser
Uttenhofen 14
88299 Leutkirch
Tel. 07563 / 565**

Als letztes möchte ich Ihnen und Ihrer Familie einen guten Start in das kommende Jahr wünschen.

Möge immer genügend Niederschlag für einen guten Wirkungsgrad fallen.

Mit besten Wünschen und Grüßen

Julia Neff

AWK Wasserkraft - Kurzmeldungen

Wasserkraft: Weltweit zehnmal mehr als deutsche konventionelle Kraftwerke

Weltweit eine Million Megawatt „installierte Kapazität“ in der Wasserkraft. So die Mitteilung aus der „Sonnenseite“ von Bigi und Franz Alt am 21. Mai 2015. Die „Sonnenseite“ bietet einen Vergleich dazu: Deutsche ‚konventionelle‘ Kraftwerke verfügen über 100.000 Megawatt. Also ein Zehntel der wasserkräftigen Welt-Fähigkeiten. Diese ließen sich bis 2050 verdoppeln, meinte der „World Energy Council“ in Peking.

Manfred Lüttke 80

AWK-Ehrenpräsident Manfred Lüttke durfte am 24. November einen runden Geburtstag feiern. Der Kämpfer für Wasserkraft hatte am 24. November 1935 das Licht der Welt erblickt.

Die „MitgliederMitteilung“ gratuliert herzlich!

Regenerativ rentabel

Wasserkraft lohnt sich.

Dieser Auffassung war offenbar

nicht nur der „World Energy Council“ in Peking sondern auch die tunesische Regierung. Bereits in den 1990er Jahren ließ sie diesen Geldschein drucken.

Dort zu sehen: ein Wasserkraftwerk.

Nobelpreisträger warnen: Zeit wird knapp

Sie kommen immer wieder in Lindau zusammen: Nobelpreisträgerinnen und -Träger. 2015 warnten sie vor den Folgen des ‚Klimawandels‘: „Es ist möglich, eine Lösung zu finden, aber wir rennen gegen die Zeit,“ meint einer der Gelehrten in der „Mainau Deklaration“.

Rockefeller Regenerativ

2,5 Billionen Dollar weniger für Erdöl und Kohle. Bis zum UNO-Weltklima-Gipfel in Paris wollten große Anlage-Gesellschaften so viel Geld aus der Erdöl- und Kohle-Wirtschaft abziehen. Darunter der „Rockefeller Brothers Fund“. So sagte es dessen Präsident Stephen Heintz laut „Deutsche Welle“ vom 17. November 2015. Heintz: „Wir hoffen, das Ende des Ölzeitalters zu beschleunigen. Es ist Zeit, den fossilen Brennstoffen ab zu schwören und so schnell wie möglich auf saubere, erneuerbare Energien um zu steigen, um den Planeten zu retten.“ Heintz spricht von „voraussichtlich 200 Institutionen“, die „ihr Geld abziehen“.

Rechtenstein: Genehmigung nach 30 Jahren

Genehmigungsverfahren in Sachen Wasserkraft: Sie dauern in der Regel rund ein halbes Jahr – behauptet das Umweltministerium Stuttgart. Vor Ort zeigt sich die Wirklichkeit anders: Die Wehrsanierung am Donaukraftwerk Rechtenstein wurde jetzt amtlich erlaubt – **30 Jahre nach dem ersten Antrag dazu.**

„Wangen: Weiter mit Wasserkraft“

Die Allgäu-Stadt Wangen, seit 2014 AWK-Mitglied, setzt weiter auf Wasserkraft. 2,45 Millionen Kilowattstunden Elektrizität pro Jahr gewinnen die Stadtwerke bereits. Und es geht weiter. Urs Geuppert, stellvertretender technischer Betriebsleiter der Stadtwerke, hofft, bis Ende 2018 eine weitere Anlage mit 1,85 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr ans Netz zu bringen.

Eine Klimastudie des Kreises Ravensburg nannte für den gesamten Landkreis eine Steigerung von 1 Million Kilowattstunden Elektrizität pro Jahr als machbar.

Kurzmeldungen • AWK Wasserkraft

Anlauf

Nach vielen Bemühungen um Sanierung arbeitete es ab 21. April 2015 wieder: das Wassertriebwerk Rotismühle. 5.961 Kilowattstunden Strom speiste es bis Herbst ins Netz der „Lechwerke“.

Hobby mit Widerhaken

heißt der Film von Fernsehmann und Angler Carsten-Rau über „Trophäen-Fischerei“. Der NDR zeigte ihn am 18. Mai 2015. Unter diesen Angaben im Internet zu finden. Warnung: Kein Genuss für ein betont tierliebes Publikum

100 % auf 60 %

Solarzellen auf 60% der deutschen Dachflächen – sie könnten 100% der in Deutschland pro Jahr verbrauchten Strommenge liefern. So die Geo-Informatikern Dr. Martina Klärle 2010. Julian Aicher fragte die Professorin aus Weikersheim, ob dies auch heute noch gelte. Klärle bestätigte es. Eigentlich gehe sie inzwischen sogar eher von 120% des Gesamtstromverbrauchs aus, bleibe aber bei `konservativen` 100 %.

Gerechte und Ungerechte

Matthäus 545

Denn er lässt seine Sonne aufgehen über die Bösen und die Guten und er lässt regnen über Gerechte und Ungerechte

Sehr geehrtes Mitglied, mit diesem Artikel möchten wir Ihnen die nächste ordentliche Hauptversammlung am 07. Mai 2016 in 72202 Nagold ankündigen. In der Mitgliedermitteilung im Frühjahr 2016 erhalten Sie dann die Einladung mit den Tagesordnungspunkten der Versammlung sowie dem Nachmittagsprogramm. In der anstehenden ordentlichen Hauptversammlung 2016 stehen übrigens auch Wahlen an. Julia Neff

Die gesamte Vorstandschaft freut sich über eine rege Teilnahme.

Alexandra Frölich
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Verwaltungsrecht
Friedrich Bannasch & Partner
Rechtsanwälte mbB

Günther Garbe
Leiter der Stadtwerke
Altensteig

Emil Vogt
Amtlicher Amt für Wasserwirtschaft/Bodenschutz
LRA Freudenstadt

Joachim Zacher
Regionalverband
Neckar-Alt

Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax mit dem beigefügten Anmeldebeschreiben an:

Friedrich Bannasch & Partner
Rechtsanwälte mbB
Frau Kugelmann
Kartäuserstraße 51a
D-79102 Freiburg
Tel: (07 61) 38 37 89-0
Fax: (07 61) 38 37 89-11
E-Mail: kugelmann@fb-rae.de

oder an:

Ingenieurbüro
ALWIN EPPLER GmbH & Co. KG
Frau Weise
Gartenstraße 9
D-72280 Dornstetten
Tel: (074 43) 944-25
Fax: (074 43) 944-50
E-Mail: sigrid.weise@eppler.de

Friedrich Bannasch & Partner

Rechtsanwälte mbB

Neuorientierungen im Fluss der Zeit

Energiewende
am Beispiel
kleine
Wasserkraft
Workshop

Wolfgang Strasser
Dipl.-Ing. und Geschäftsführer
Ingenieurbüro Alwin Eppler

25.02.2016, 8.30 Uhr

Rathaus
Dornstetten

einladung

25.02.2016, 8:30 Uhr

Kurzbericht:

Gespräch Manfred Lüttke mit stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU,
MdL Peter Hauk am Montag, 16. 11. 2015 in Rheinstetten

Thema:

Erörterung der Erdrosselungspolitik des grünen Umweltministeriums Kretschmann-
Untersteller gegen die mittelständische Wasserkraftnutzung

Die fisch-und gewässerökologisch feindliche Politik der GRÜNEN

Bereiche des Hochschwarzwaldes unter absoluten Naturschutz so zu stellen, damit die jahrhundertlang landwirtschaftlich genutzten, bachbegleitenden Wiesen mit Nadelwald zuwachsen sollen, indem jede Holzfällung/ Holznutzung unterbleibt. Mit der gezielten Absicht, die Bachtäler verwalden zu lassen, was zu weitgehendem Aussterben der seit unvordenklicher Zeit standortgeprägten, selbstreproduzierenden Bachforellen führt.

Zielsetzung der CDU

Im Falle einer Regierungsübernahme wird der Nationalpark Schwarzwald auf eine Höhe von ca. 900m angehoben, mit dem Ergebnis, dass die Bachtäler weiter gepflegt und die standortgeprägten Salmoniden, vor allem die seit unvordenklicher Zeit heimische, selbstreproduzierende Bachforelle weiterhin ihren Lebensraum in den offenen Tälern erhalten kann.

Durch namhafte Repräsentanten der CDU konnte eine Anfrage im Landtag eingebracht werden, mit folgenden Vorgaben und Fragestellungen :

- 1. Wie beabsichtigt sie die Aktivierung und den Ausbau der kleinen Wasserkraft zu unterstützen ?**
- 2. Welche Maßnahmen beabsichtigt sie zu ergreifen, um die vor allem in den unteren Wasserbehörden bestehenden bürokratischen, administrativen Hemmnisse zu beseitigen ?**
- 3. Welchen Stellenwert misst sie der kleinen Wasserkraft in Baden-Württemberg im Zuge der Frage des Einsatzes erneuerbarer Energien bei ?**
- 4. Wie hoch ist das nicht genutzte Potenzial an noch nicht genutzter Wasserkraft in Baden-Württemberg (mit Angabe der Größenordnung in kWh/Jahr) ? - Begründung
Die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende erfordert den sinnvollen Einsatz sämtlicher erneuerbarer Energieträger , wie beispielsweise auch der Wasserkraft.
Diese sogenannte „kleine Wasserkraft“ kann dabei eine wichtige Rolle in Baden-Württemberg aufgrund der Topografie des Landes übernehmen.**

Anmerkung von Manfred Lüttke:

Diese Anfrage wurde formuliert im Hinblick auf die wasserkraftfeindliche Haltung der GRÜNEN im Landtag, die bekanntlich beschlossen haben, keine neuen mittelständischen Wasserkraftwerke in freien Fließstrecken mehr zu genehmigen.

Wenn, was zu hoffen ist, nach der nächsten Landtagswahl die grüne Landesregierung in BW durch die CDU abgelöst wird, kann sichergestellt werden, dass die blockierenden Vorgaben zur Wasserkraftnutzung der grünen Regierung aufgehoben werden.

Die Antwort der Landesregierung unter: www.wasserkraft.org

AWK im Gespräch mit dem Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Axel Berg - Im Juni 2014 bat ich Umweltminister Franz Untersteller und Verbraucherschutzminister Alexander Bonde um ein Gespräch. Beide sind bei den Grünen und mir seit vielen Jahren bekannt. Umweltminister Untersteller sagte ab. Sein Terminkalender, so sein Büro, lasse dem Minister „keine Zeit für solche Gespräche“. Stattdessen gab es einen Termin mit Ministerialdirigent Fuhrmann. Ich berichtete in den MM1/15.

Landwirtschaftsminister Bonde ließ ausrichten, dass er mich gern zu einem Gespräch trifft. Nach etlichen Versuchen, einen freien Ministertermin zu finden, bekam ich im Februar eine Absage, weil „der Ministerkalender dicht getaktet und kein Zeitfenster“ sei. Stattdessen wurden Wolfgang Strasser und ich im Juli 2015 von dem Leiter der Abteilung 5, die seit 2015 für Fischerei und damit auch für den Schutz der Fische zuständig ist, Ministerialdirigent Max Reger, dem Leiter des Referats Forstrecht, Fischerei, Klimawandel, Nachhaltigkeit, Dr. von Bülow, und dem Fischereireferenten des Hauses, dem Fischereibiologen Peter Dehus, ins Ministerium eingeladen. Der Tag war heiß, die Gesprächsatmosphäre freundlich und aufmerksam. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Wir haben mit dem MLR einen persönlich angenehmen Kontakt auf fachlich hohem Niveau, gehen jedoch in zentralen Fragen von unterschiedlichen Voraussetzungen aus.

Eingangs legten wir dar, dass es uns vorwiegend um die kleine Wasserkraft, also Anlagen bis 1000 kW (im Schwerpunkt 30 - 300 kW), geht. Der Bau solcher Anlagen ist im Wesentlichen abhängig von den sozial-ökonomischen Verhältnissen und dem EEG Förderregime.

Besprochen wurden die aus Sicht der AWK bestehenden fischökologischen Probleme im Zusammenhang mit der Genehmigung von Wasserkraftanlagen. Wir erzählten von den permanenten Vetos der Fischereireferenten. Dies wirkt sich negativ auf die Dauer der Genehmigungsverfahren aus und auf die Genehmi-

Zu dieser Thematik siehe auch Streitgespräch mit dem Thema „Fischschutz hemmt weiteren Ausbau“:

Dr. Axel Berg, Vorsitzender der Eurosol-Sektion Deutschland und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg

Paul Kröfges, stellvertretender Sprecher des BUND Landesarbeitskreises Wasser in Nordrhein-Westfalen

Dr. Olaf Niepagenkemper, Beauftragter des Fischereiverbandes NRW für die Bearbeitung der Wasserrahmenrichtlinie

Stefan Prott, Büro für Wasserkraft der Energieagentur Nordrhein-Westfalen

in top agrar 4/2015 S.38 ff

gung selbst. Die Genehmigungskriterien in Hinblick auf den Fischschutz sind auch nicht transparent. Das MLR stellte daraufhin klar, dass die Wasserbehörde Genehmigungsbehörde ist. Die Fischereibehörde liefert fachliche Stellungnahmen im Wasserrechtsverfahren ab. Die Entscheidung bleibt der Wasserbehörde vorbehalten.

Die Kriterien, beispielsweise zur Festsetzung des Mindestwasserabflusses oder der Dimensionierung von Fischaufstiegsanlagen, sind in entsprechenden Leitfäden verbindlich dargestellt, so das Ministerium. Das war mir nicht bekannt. Von unseren Mitgliedern höre ich sozusagen das Gegenteil. Nämlich, dass verschiedene Verfasser unterschiedliche Vorgaben machen, dies aber ebenfalls als rechtlich verbindlich bezeichnen. Das Ministerium habe ich gebeten, mir diese verbindlichen Leitfäden, die ja hoffentlich landesweit Geltung haben, zukommen zu lassen. Das könnte einige Klarheit schaffen.

Wir hatten viele Fragen nach dem Fischschutz. Wie man sich eine Zunahme von selbst reproduzierbaren Fischen vorstellt. Und warum für aberwitzige Summen Fischauf- und -abstiege, Fischlifte, kleine Rechenabstände oder prohibitiv hohe Mindestwassermengen gefordert werden. Von Seiten der AWK wurde insbesondere in Zweifel gezogen, dass es bei Fischtreppe oder Mindestwassermengen um den Schutz autochthoner, also einheimischer oder indi-

gener Fischarten geht, die im aktuellen Verbreitungsgebiet entstanden oder dort ohne menschlichen Einfluss im Zuge von natürlichen Arealerweiterungen eingewandert sind. Vielmehr würden doch die Fischbestände meist durch künstliche Besatzmaßnahmen aufrecht erhalten, was in der Abwägung mit dem Aspekt des Ausbaus erneuerbarer Energien doch von nachrangigem Interesse sein müsse.

Dagegen legt das Ministerium dar, dass sich fast alle Fischarten in ausreichender Menge natürlicherweise reproduzieren, so dass keine unterstützende Maßnahmen wie ein Besatz notwendig sind.

Allerdings gebe es auch einzelne Arten, die in der Vergangenheit ausgerottet oder an den Rand des Verschwindens gebracht wurden. Hier bestehe eine gesellschaftliche Verpflichtung, die Arten wieder anzusiedeln und zu erhalten, sofern die gewässerbezogenen Umstände dies zulassen.

Nach meinen Informationen verhält es sich in den Baden-Württembergischen Fließgewässern diametral andersherum: Es gibt nur noch wenige vereinzelte Bäche, die sauber genug sind und ausreichend Laichmöglichkeiten bieten. Die überwältigende Masse der Fische ist Zuchtbesatz, der nicht selbst reproduktionsfähig ist und spätestens am Ende der Saison auf Nimmerwiedersehen abwandert.

Ja woher ich denn meine Zahlen hätte, fragte daraufhin das MLR. In Baden-Württemberg seien 95 Prozent autochthon. Aber nicht unbedingt reproduktionsfähig. Wegen der mangelnden Laichgebiete, der Wasserqualität, aber eben auch wegen der mangelnden Durchlässigkeit. Wobei sich durch verbesserte Wasserqualität im Rhein Neunauge, Maifisch und andere neue Arten angesiedelt hätten. Beispielsweise in Iffezheim gebe es jede Menge reproduktionsfähige Fische. Es ist, der geneigte Leser möge mir die Bemerkung als Nichtwasserkraftler und Nichtfischer vergeben, wirklich zum Verzweifeln, dass es zu dem Thema praktisch keine objektiven, wissenschaftlich belastbaren Untersuchungen gibt und die Wasserbehörden stur dem Rat der Fischereireferenten folgen. Als prominentes Beispiel für autochthones Leben im Fluss wurde vom Ministerium der Lachs genannt, bei dessen Wiederansiedlung und Stabilisierung der Population das Land auf einem guten Weg sei. Das wäre natürlich super. Allein mir fehlt der Glaube. Wobei es einfach herauszukriegen wäre. Ein-

fach keinen neuen Lachsbesatz nachschütten. Dann wird schnell sichtbar, ob jahrzehntelange Lachswiederansiedlungsprogramme erfolgreich waren oder ob der Lachs mit dem Ende von Besatzmaßnahmen auch wieder verschwindet. Den AWK-Vertretern wurden in diesem Zusammenhang Broschüren und Berichte über das Vorkommen, die Verbreitung und die Schutzbemühungen zugesagt.

Was ist „autochthon“ ?

Nicht mal bei den Definitionen scheint Klarheit zu herrschen. Das Ministerium sagt, dass gestreifte Lachse heimisch seien. Erst gestern habe man 4.000 heimisch gestreifte Lachse in der Murg ausgesetzt. Ich dachte, heimisch oder autochthon heißt „ohne menschlichen Eingriff“. Also, wenn Fische nicht wild in ihrem Heimatgewässer, sondern geschützt aufwachsen, sind sie doch gerade nicht mehr autochthon und heimisch. Ist ja auch logisch. Sie werden ja deshalb gestreift, weil sie offensichtlich die Reproduktion in der Wildnis nicht alleine hinbekommen.

Testfall Lachs. Durch nachgeschütteten „Lachsbesatz“ des Menschen in baden-württembergischen Gewässern am Leben gehalten. **Foto: Fotolia**

Wenn das Ministerium also entgegen der herrschenden Meinung in der Wissenschaft gestreifte Fische als autochthon bezeichnet, erklärt sich auch, warum man den gegenwärtigen Fischbestand für autochthon hält. Hat man sich damit abgefunden, dass un-

sere Flüsse zu Aquarien werden? Dem Fischer mit technisch hochwertiger Ausrüstung kann's egal sein. Hauptsache, er kriegt einen Fisch an die Angel. Die echten, heimischen selbst reproduktionsfähigen Fische sind längst überfischt.

Und bei dem Fangdruck können sich die Populationen nicht erholen. Da sind Wasserkraftwerke ein einfach verständliches Feindbild. Obwohl sie helfen können, Kohlekraftwerke früher abzuschalten, was wieder den Quecksilbergehalt im Fisch und dann im Mensch reduzieren würde. Besser wäre es bereits, die Sportangler würden wenigstens keine so genannten Edelfische einsetzen, also Raubfische wie Forellen, Zander oder Hechte, weil die sich von anderen Fischen ernähren. Die Fischer sind so in einen Teufelskreis gekommen, der immer wieder neuen Besatz oder Abstreifen erfordert. Das Ministerium könnte Fischschutzgebiete ausweisen, in denen sich die Fischpopulation erholen kann oder wenigstens den Besatz mit Raubfischen verbieten. Man könnte überzählige Friedfische aus Seen in Flüsse einsetzen, anstatt sie zu Katzenfutter zu verarbeiten. Die fressen Algen, nützen meist dem Gewässer und können menschliche Jagdtriebe auch befriedigen. Durchgängigkeit ist zum Mantra ohne Sinn verkommen. Im Gegenteil sollten vorhandene Durchgängigkeiten bei kleinen Gewässern wieder verschlossen werden. So können Kleinfischzuchtbecken oder Fischrückzugsgebiete entstehen, die letztlich auch wieder der Sportfischerei helfen.

Es werden noch viele Gespräche notwendig sein und vor allem brauchen wir wissenschaftlich belastbare Zahlen. Wir freuen uns erst Mal, dass uns die Ministerialbeamten zugehört haben. Hoffentlich konnten wir sie ein wenig überzeugen oder doch wenigstens ins Nachdenken bringen. Wir vereinbarten, im Dialog zu bleiben. Und als wir einige Beispiele für in Hinblick auf den Fischschutz und die ökologische Durchgängigkeit optimierte Wasserkraftanlagen benannten (z.B. in Gengenbach), haben wir vereinbart, zum gegenseitigen Verständnissgewinn beispielhaft ein bis zwei kleine Wasserkraftanlagen zu besichtigen. Abteilungsleiter Reger begrüßte diesen Vorschlag. Teilnehmen sollen auch Vertreter des Umweltministeriums sowie die beiden Fischereireferenten der Regierungspräsidien Karlsruhe und Tübingen.

25 Jahre Stromeinspeisungsgesetz vom 1. Januar 1991

Rettung vieler regenerativer Quellen

von Julian Aicher

Es sicherte Tausende Wasserkraftanlagen. Es ermutigte erneuerbar-energetische Aktive. Und zwar zu Investitionen in Billionen-Höhe. Es feiert am 1. Januar 2016 seinen 25sten Geburtstag: das „Stromeinspeisungsgesetz“. In rund 100 Staaten der Erde nachgeahmt. Heute im Ursprungsland Deutschland gefährdet.

„Politik – die bringt doch nichts.“ So oder so ähnlich läßt's sich an vielen Stammtischen hören. Falsch. Manche Gesetze können konkret ´was bewirken. Ablesbar auch auf dem Konto. Wenn Wasserkraftle-rinnen und Wasserkraftler vom Netzbetreiber ihre Einspeise-Abrechnung bekommen, dann fast nur deshalb, weil das „Stromeinspeisungsgesetz“ die Tarife regelt. Damals, 1991, rund 15 Pfennige pro Kilowattstunde – heute 0,076 Euro als Grundbetrag. Das „Stromeinspeisungsgesetz“ - seit 2000 zum „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) umbenannt. Es regelt gerechte Vergütungen für erneuerbar gewonnene Elektrizität aus kleineren und mittleren Betrieben. Damals, 1991, bis 500 Kilowatt Nennleistung. Klare Tarife – kein Griff in die Staatskassen. Also keine „Subvention“. Aber vergleichsweise starke Berechenbarkeit. Das überzeugte rund um den Erdball. Etwa 100 Staaten kennen heute ähnliche Regelungen.

Stille Revolution - wirkungsvoll

„Es ist ja erst 16.30 Uhr.“ Als Abgeordnete des Deutschen Bundestags in Bonn am 5. Oktober 1990 mit spitz-züngigem Zwischenruf zur Eile mahnten, ahnten wohl nur die wenigen, so spät im Saal, um was es hier wirklich ging. Nämlich um ein Gesetz David

gegen Goliath. Um eine Bestimmung, die kleine und mittelständische Wasserkraft durch klare Tarifregelungen schützen sollte. Und andere erneuerbare Energie-Kraftwerke. Also eine Art Mindestlohn für Regenerativ-Energien. Festgelegt auf nur 2 DIN-A-4-Seiten. Auch als das zeitlich sehr knapp beschlossene „Stromeinspeisungsgesetz“ dann am 18. Dezember 1990 im Bundesgesetzblatt als gültig ab 1. Januar 1991 stand, schien vielen noch nicht klar zu sein, was es auslöste: eine Revolution im Bereich regenerativer Energien.

Eine weitgehend leise Revolution. Aber eine extrem wirkungsvolle.

Wurzeln in Baden-Württemberg

Ein Gesetz, das sich bis heute auf so gut wie jeder Einspeise-Abrechnung für kleine und mittlere Wasserkraftanlagen zeigt.

Woher stammt es? Wo liegen seine Quellen? Gesetze entstehen bekanntlich im Bundestag, im Bundesrat und in den Landtagen. Wer aber bereitet sie vor? Anders als viele andere Bestimmungen regte nicht die Bundesregierung die Regelung an. Es waren Abgeordnete – allen voran Matthias Engelsberger (CSU).

Freuen viele AWK - Mitglieder in ihren Wasserkraftwerken: Stromeinspeisungs-Zähler.

Aus Baden-Württemberg stärkten es Volksvertreter wie Werner Dörflinger, Ernst Pfister, Hermann Scheer, sein Kollege Schwörer von der Schwäbischen Alb und Alois Graf Waldburg-Zeil aus dem Allgäu.

Seinen ursprünglichen Antrieb aber fand das Stromeinspeisungsgesetz in den Wasserkraftlern Manfred Lüttke und Elmar Reitter aus Baden-Württemberg. Als „Vater des Stromeinspeisungsgesetzes“ nennen verschiedene, die damals dabei waren, Manfred Lüttke.

Damals, Mitte der 1980er Jahre, kam es zu einem Treffen in Frankfurt. Dort, im Gebäude der „Vereinigung der deutschen Elektrizitätswerke“ (VDEW) saßen einerseits die Herren der seinerzeit monopolen Stromkonzerne und auf der anderen Seite mittelständische Wasserkraftler.

Aus dem Südwesten unter anderem Lüttke und Reitter. „Ich will den Preis, den die deutsche Steinkohle kriegt“, lautete Lüttkes Forderung. Nämlich rund 15 Pfennige pro Kilowattstunde Elektrizität aus Kohlekraftwerken. Die Stromriesen hielten dagegen: 6,5 bis 8,8 Pfennige für Elektrizität aus ‚kleiner‘ Wasserkraft. „Irgendwann ging es nur noch um einen Pfennig“, erinnert sich ein Anwesender aus der Eifel. Er weiß noch: „Bei 10 Pfennig wären wir in die Versuchung gekommen, zu unterschreiben.“

Dies forderten die mächtig wirkenden Herrschaften der Strommonopole auch. Komme es nicht zu Einigung, werde womöglich gar nichts mehr für Elektrizität aus ‚kleiner‘ Wasserkraft bezahlt. Und wer mehr wolle, müsse dafür schon ein Gesetz bewirken. Lüttke lehnte den ‚Kompromiss‘ ab.

Dann müsse eben ein Gesetz her. Doch so etwas, lästerten die Monopol-Mächtigen gegenüber den Kleinwasserkraftlern „schafft Ihr niemals“.

Doch. Denn die wenigen Wasserkraftler gaben nie wirklich auf. Mit viel Schriftverkehr überzeugten sie die Abgeordneten.

Nicht minder mit überzeugenden Gesprächen. Und auch mal mit einem Schnaps direkt bei der „Parlamentarischen Gesellschaft“ – für 30 Mark „das Glas, nicht die Flasche“.

Schließlich sprachen sich 60 Abgeordnete für das Gesetz aus (25 wären notwendig gewesen, um es überhaupt im Bundestag zu behandeln). Kurz bevor die Beratungen zur „Deutschen Einheit“ dann alle Kräfte im Bundestag zu binden schienen, drängte Matthias Engelsberger die Abstimmung noch auf die

Tagesordnung. Auf einen Freitagnachmittag. Da blieb hauptsächlich, wer wirklich wusste, um was es da ging.

Das Ergebnis: 15 Pfennige pro Kilowattstunde Strom aus ‚kleiner‘ Wasserkraft. Statt 4 bis 10 Pfennige. Damit löste das Gesetz Millionen von Investitionen in die bewährte, klimafreundliche Energie aus. Vom eigenen Wasserkraftwerk Rotismühle weiß ich: Der gemessene Jahresertrag stieg von rund 7.000 Kilowattstunden 1993 auf über 80.000 bis 1995.

Also ums gut Zehnfache.

Starke Stütze für den Klimaschutz

Klar, dass die Atom- und Kohlestrom-Konzerne das Gesetz mit allen Mitteln weg zu drängen versuchten. Auch mit nicht ganz gesetzlichen. Manche ihrer Unterfirmen weigerten sich zunächst schlicht, den gesetzlich geregelten Tarif an Wasserkraftler zu bezahlen. Unzählige Prozesse – darunter viele mit betreut oder gar geführt von der AWK – halfen, das Recht durch zu kämpfen. Im Jahr 2000 vor allem dank Abgeordneten wie Hermann Scheer, Hans Josef Fell und dann auch Axel Berg erweitert zum „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG), fand die Bestimmung Nachhaltigkeits-Regeln in fast 100 Ländern der Erde. Die meisten Fachleute zeigen sich einig: Dieses Gesetz bestärkte die Erneuerbaren Energien am stärksten. Kaum ein Wunder daher, dass derartige Regelungen von klimazerstörenden Energiekonzernen bis heute bekämpft werden. Derzeit wieder so heftig wie seit Jahren nicht mehr.

Genau hinschauen, genau zuhören, la u t öffentlich nachfragen: „Wie halten Sie’s mit dem -Erneuerbare Energien Gesetz-, verehrte Kandidatin, verehrter Kandidat?“ Diese Aufgabe gilt für Wasserkraftlerinnen und Wasserkraftler jetzt umso mehr. Gerade vor der Landtagswahl am 13. März 2016.

Denn was sich 25 Jahre fast weltweit bewährt hat, unterliegt deshalb noch lange keiner Garantie auf Zukunft. Deshalb: Aufpassen, nachfragen, dranbleiben. Denken Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Wasserkraft dabei vor allem an eines: an Ihre Einspeise-Abrechnung. Auf ihr wirkt das „Erneuerbare Energien-Gesetz“/„Stromeinspeisungsgesetz“. ---- Noch !

Mehr in www.rio-s.de

Südschwarzwald stark

Ein hochkarätig besetztes Podium zum Thema erneuerbare Energien in Todtnau (von links): Jens Arne Buttke, Felix Schreiner, Paul Nemeth, Axel Berg, Landrat und Moderator Martin Kistler, Gerhard Bronner, Hidi Gürakar, Ruth Cremer-Ricken und Iris Wallaschek. BILD: ANDREAS BÖHM

Die Frage nach dem Potenzial

- Podiumsdiskussion zur Wasserkraft im Kurhaus Wehratal
- Konsens bei der Notwendigkeit der Energiewende
- Uneinigkeit bei Frage, was Wasserkraft noch leisten kann

VON ANDREAS BÖHM

Todtnau/Hotzenwald – Zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion zum Thema erneuerbare Energien in der Region lud die Interessengemeinschaft Kleine Wasserkraft Südschwarzwald am Dienstagabend in das Kurhaus Wehratal nach Todtnau ein. Teilnehmer aus den Bereichen Naturschutz, Energiewirtschaft sowie aus der Landes- und Kreispolitik beschäftigten sich intensiv mit diesem wichtigen Thema. Auch aus dem Publikum kamen fundierte Meinungen, überwiegend zum Aspekt der Nutzung von Wasserkraft, die an dem Abend im Vordergrund stand.

Moderiert wurde die lebhafte Diskussionsrunde von Landrat Martin Kistler. Es wurden verschiedene Spannungsfelder im Laufe der dreistündigen Veranstaltung herausgearbeitet. Über das Potenzial der Wasserkraft waren sich die Redner nicht ganz einig. Über die Not-

wendigkeit der Energiewende herrschte aber ein Konsens. Das Wie und Wann jedoch bot regen Diskussionsstoff auf der Bühne und bei den rund 80 Zuhörern im Saal. Die Umwandlung von Strom in Methan als alternative Energieförmung wurde in der Runde noch als zu wenig energieeffizient und zu teuer bezeichnet.

Experten referieren

Axel Berg, Vorstandsvorsitzender der Eurosol-Sektion Deutschland, bezeichnete die Wasserkraft im Südwesten „ein riesiges Ausbaupotenzial“. Sie sei rund um die Uhr verfügbar, sei dezentral und könne als Speicher genutzt werden. Fischtrappen bräuchten nach Bergs Worten allerdings nur wenig Nutzen. Zudem rügte er das Einsetzen von Fischen aus Zuchtfabriken. „Der schlimmste Feind der Fische sind die Fischer“, sagte Axel Berg. Durch die Neufassung sei das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kaputtgemacht wor-

den. Denn es blieben nur „große Player“ auf dem Markt übrig, rügte Berg.

Gerhard Bronner, der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg, forderte höhere ökologische Standards bei der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien. Alle Formen der Energiegewinnung hätten seiner Meinung nach Vor- und Nachteile. Priorität vor der regenerativen Erzeugung habe die Energieeffizienz. „Hier hinken wir weit hinterher“, lautete die Meinung Gerhard Bronners.

Der Naturschützer sah auch die Bioenergie wie etwa den Extra-Anbau von Baps kritisch. Hierdurch seien die Grünflächen radikal nach unten gegangen. Im Gegensatz zu Axel Berg sieht Bronner bei der Wasserkraft kein Ausbaupotenzial mehr. Die Windenergie habe das größte Potential, so der Redner. Jedoch müsse bei den Standorten auf Vögelarten wie etwa den roten Milan oder das Auerhahn Rücksicht genommen werden. Baden-Württemberg sei nicht energieautark und es sei besser, Energie über Trassen heranzuschaffen. „In einen sauren Apfel müssen wir beißen“, sagte Gerhard Bronner abschließend.

Das sagen die Politiker zu Energie und zur Wasserkraft

Auf dem Podium der Diskussionsveranstaltung saßen auch einige Politiker aus dem Landkreis Waldshut. Sie machten ihren Standpunkt deutlich.

► **Paul Nemeth**, energiepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ist zuversichtlich, dass das Ziel der Bundesregierung, die Energiewende bis 2050 abzuschließen, möglich ist. „Wir stehen nicht am Ende, sondern erst am Anfang“, sagt der Politiker. Er forderte den Aufbau mehr Markt- und weniger Planwirtschaft zu schaffen. Die Energiewende solle für Arbeit und Wohlstand und dem Klimaschutz. Die drei Säulen Strom, Wärme und Mobilität müssten verbunden werden.

► **Hidi Gürakar**, SPD-Landtagsabgeordnete, forderte dazu auf, den CO₂-Ausstoß zu verringern. Der Landkreis

biete gute Voraussetzungen für erneuerbare Energien. „Wir können nicht warten, bis die Stromtrassen in den Süden gebaut werden“, sagte Gürakar. Die Kleinwasserkraftwerke würden seiner Meinung nach zur klimafreundlichen Erzeugung von Energie beitragen.

► **Felix Schreiner**, CDU-Landtagsabgeordneter, verteidigte die Betreiber von Kleinwasserkraftwerken. „Diese Anlagen sind keine Gelddruckmaschinen“, sagte Schreiner. Er sei für die Förderung neuer oder die Reaktivierung alter Anlagen mit moderner Technik, erklärte der CDU-Politiker. Den Bau von Windkraftanlagen sah Schreiner kritisch, da es oft schon beim Transport Probleme gebe.

► **Ruth Cremer-Ricken**, Fraktionsvorsitzende der

Grünen im Kreistag, erklärte, dass Naturschutz und Klimaschutz keine Feinde sein müssten. An erster Stelle stehe laut Cremer-Ricken jedoch die Energie-Einsparung.

► **Iris Wallaschek**, Grünen-Kreisrätin, erklärte, dass das Abstellen von Kernkraftwerken ihrer Meinung nach kein Problem sei. Problematisch sei ihrer Ansicht nach jedoch das, was diese Anlagen hinterlassen. Laut Wallaschek müsse man global denken und lokal handeln.

► **Jens Arne Buttke**, Landtagskandidat der FDP Freiburg, brachte einige Beispiele zum Thema aus seiner Heimatgemeinde Brettnau in die Podiumsdiskussion um die Wasserkraft mit ein.

Tüchtige Tradition mit Wassertriebwerken.

Die starken Süd-Schwarzwälder Wasserkraft-Begeisterten um Richard Eschbach lassen sich nicht klein kriegen.

Es gelang ihnen, eine Podiumsdiskussion mit hochkarätiger Besetzung zu organisieren. Mit entsprechend öffentlicher Wahrnehmung, wie die Presseberichte zeigen.

"Südkurier Bad Säckingen vom 24. September 2015. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Südkurier Bad Säckingen.

Siehe: www.wasserkraft.org

„Das sind zu wenig“

4 Fragen an Joachim Zacher

Sehenswert. Im Internet-Auftritt des Umweltministeriums Baden-Württemberg findet sich seit November 2015 ein „Energieatlas“. Für Wasserkraft listete dieser zunächst 35 Standorte im Land auf, an denen neue oder wieder aktivierte Wasserkraftwerke entstehen könnten. „Das sind zu wenig“ schrieb Joachim Zacher vom Regionalverband Neckar Alb (Sitz: Mä Mössingen, Kreis Tübingen) an die Hersteller des „Energieatlas“. Julian Aicher stellte Joachim Zacher dazu vier Fragen.

1. Frage

Herr Zacher, Sie befassen sich seit Jahren beim „Regionalverband Neckar-Alb“ mit Wasserkraft-Potenzialen und Wasserkraft-Standorten für die Kreise Reutlingen, Tübingen und Zollernalb.

Jetzt, November 2015, hat das Umweltministerium Stuttgart seinen „Energieatlas“ auf seiner Internetseite veröffentlicht.

Was sagen Sie dazu?

Joachim Zacher:

Zu Anfang vielleicht etwas Grundsätzliches:

Es ist sehr lobenswert, dass das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz an die erfolgreiche Arbeit der Vorgänger-Regierung anknüpft. Diese hatte im Jahr 2011 die Wasserkraftpotenziale des Neckars untersucht und in einer Potenzialkarte aufgezeigt. Darin werden mit Akribie bereits vorhandene Standorte, Sohlschwellen, natürliche und künstliche Abstürze sowie Querbauwerke dargestellt, nach Größenklassen unterschieden und auch Aussagen zur „Wirtschaftlichkeit“ getroffen. Es ist Konsens, dass man schon mindestens eine installierte Leistung von

8 kW erreichen sollte. Das ist immer auch eine Frage nach den Möglichkeiten. In der Schweiz gibt es Kantone, die meinen, erst ab 300 kW lohnt sich die Wasserkraftnutzung. Aber da haben wir in Baden-Württemberg ganz andere Voraussetzungen. Überlegen Sie: Was würden wir in vielen Gegenden in Baden-Württemberg ohne die Bodensee-Wasserversorgung machen (können)? Genauso verhält es sich mit der „Wirtschaftlichkeit“, die nur ein Kriterium für die Beurteilung von Wasserkraft darstellt.

Wenn ich nun auf die Ausgangsfrage eine Antwort geben soll: Mit Johannes Reiss, Dr. Heimerl und den anderen Bearbeitern wurde ein interdisziplinäres Team beauftragt, die Wasserkraft für die anderen Landesteile mit derselben Methodik zu untersuchen. Das ist sehr gut, denn so kann man landesweit die Ergebnisse vergleichen. Für die Region Neckar-Alb ergeben sich keine neuen Erkenntnisse, da wir weitgehend bereits mit der Potenzialstudie für den Neckar aufbereitet wurden.

2. Frage

Wenn Sie meinen, die 35 im November im „Energieatlas“ genannten Standorte für neue Wasserkraftanlagen in Baden-Württemberg seien zu wenige – wie viele müssten es denn Ihrer Meinung nach sein?

Joachim Zacher:

Ich hoffe einmal, dass der Energieatlas „lebt“ bzw. „gelebt“ wird, denn die quantitative Anzahl der Standorte, die auf der Basis der „Wirtschaftlichkeit“ ermittelt wurden, ist natürlich völlig unzureichend. Ich habe bei der LUBW – also der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg – angeregt, die Untersuchungen wie bei der Neckarpotenzialstudie um alle Standorte zu ergänzen. Vielleicht werden diese Standorte ja noch aufgenommen – ich hoffe es jedenfalls! So wie bisher dargestellt, kann aus meiner Sicht die Energiewende jedenfalls nicht gelingen,

da klafft eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit! Es fehlt darüber hinaus auch die inhaltliche Stringenz: Während man bei der Solarnutzung jeden „Schrebergarten“ im Außenbereich für energetisch ergiebig hält, gelten bei der Wasserkraft offensichtlich andere Kriterien. Dabei sind es gerade die vielen kleinen Standorte, die vielleicht auf den ersten Blick unwirtschaftlich sind, die jedoch einen großen regionalen Nutzen haben. Wenn die Wasserkraft nicht genutzt wird, braucht man einen sechsstelligen Betrag für die Beseitigung von Querbauwerken, um die Durchgängigkeit herzustellen. Packt man dieselbe Summe obendrauf, kann beides gelingen: die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und die Erzeugung von CO₂-freiem Strom aus Wasserkraft. Gleichzeitig wird vor Ort investiert und der erzeugte Strom vor Ort verbraucht. Für Strom aus Off-Shore-Windkraft aus dem Norden werden Hochspannungsleitungen benötigt, die auch niemand vor der Haustüre haben möchte. Die Investition in kleine Wasserkraftanlagen greift auch die Industriegeschichte des Landes Baden-Württemberg auf, der wir unseren heutigen Wohlstand verdanken.

3. Frage:

Die Arbeit anderer kritisieren ist immer leicht. Also die Zahl von 35 denkbaren neuen Wasserkraftstandorten in Baden-Württemberg – siehe „Energieatlas“ des Umweltministeriums.

Das südwestliche Bundesland besteht aus 35 Landkreisen. Sie, Herr Zacher, erarbeiten Planungen für drei Landkreise.

Wie viele neue und wieder aktivierbare Wasserkraft-Standorte ergaben Ihre Wasserkraft-Potenzial-Erhebungen des Regionalverbands Neckar-Alb in diesen drei Landkreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb?

Joachim Zacher:

Es wäre unredlich, der Untersuchung des Regionalverbands so viel Bedeutung zuzumessen. Es ging im Wesentlichen darum, die Chancen aufzuzeigen, genügend Probleme bei der Umsetzung ergeben sich von ganz alleine! Ich meine, man könnte insgesamt 30 bis 40 Standorte in den drei Landkreisen Reutlingen, Tübingen und Zollern-Alb entweder neu bauen

oder reaktivieren - also genau so viele, wie die Landesregierung in Baden-Württemberg landesweit für möglich hält. Es gibt inzwischen gute technische Lösungen für die Nutzung niedriger Fallhöhen (z.B. Lamellenturbine oder Wasserwirbelkraftwerk) oder den Fischaufstieg mit standardisierten Betonelementen (z.B. den MABA-Fischpass), die Fischaufstiegsschnecke der Firma Rehart oder Fischlifte usw.

4. Frage:

Wie viele der Vorschläge Ihrer Wasserkraft-Potenzial-Studie wurden denn tatsächlich wirkliche Wassertriebwerke bisher?

Joachim Zacher:

In den letzten Jahren wurden zum Beispiel durch die FairEnergie Reutlingen die Standorte „Schillergymnasium“ an der Echaz in Pfullingen und an der Erms das „Diegelewehr“ neu gebaut, die Stadtwerke Rotenburg haben einen ehemaligen Standort an der Starzel reaktiviert. Weitere Standorte in der Region Neckar-Alb werden von öffentlichen und privaten Investoren untersucht. Dabei muss man leider zugestehen, dass die Umsetzung eines Standorts durchschnittlich fünf bis sieben Jahre benötigt. Das ist viel zu lange!

Darüber hinaus stellt sich die Frage, was Potenzialstudien eigentlich bringen: Entscheidend ist doch letztendlich, welche Standorte tatsächlich umgesetzt werden! Was nutzen Potenziale, wenn diese nicht genutzt werden?! Was nutzen Chancen, wenn diese nicht ergriffen werden? Deshalb plädiere ich dafür, dass alle Landkreise „Positiv-Listen“ erarbeiten, also Standorte festlegen, die aus ihrer Sicht umsetzbar sind und bei denen die bei der Wasserkraftnutzung entstehenden Nachteile zurückgestellt werden. Das wäre insofern pragmatisch, weil man danach dem zwanzigsten Interessent nicht die Gründe darlegen muss, die man bereits den neunzehn Vorherigen erklärt hat: „Dieser Standort ist deshalb ungeeignet, weil die nachfolgenden Gründe dagegen sprechen (...)“ Für Standorte außerhalb der Positivliste müsste der Interessent darlegen, warum dieser Standort bisher „durch das Raster gefallen ist“. Um die Stringenz im Energieatlas nochmals zu bemühen: In Analogie zur Windkraftplanung müssten Positivlisten auch

Ergebnisse enthalten. Eine reine Verhinderungsplanung wäre damit nicht möglich. Es kann doch nicht sein, dass es noch ganze zwei Wasserkraftstandorte an der Donau in Baden-Württemberg gibt!

CD ERHÄLTlich

Wasserkraft-Potenziale in den Kreisen Reutlingen, Tübingen Zollern-Alb. Die Untersuchungen des „Regionalverbands Neckar-Alb“ dazu sind dort auf CD erhältlich. Konkret und vor Ort. Kostenlos. Bestellung bei joachim.zacher@rvna.de

„Energieatlas Baden-Württemberg“ im Netz. Links: bestehende Wasserkraftanlagen, rechts mögliche neue.

Impressum

• mitglieder mitteilung •

Informationsblatt der
**Arbeitsgemeinschaft
Wasserkraftwerke
Baden-Württemberg e.V. AWK**

Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Josef Dennenmoser
Uttenhofen 14
D- 88299 Leutkirch
Tel.: 07563/565
Fax: 03212/1068946
Mail: dennenmoser-josef@web.de

www.wasserkraft.org

Endredaktion: Tilo Grätz (Layout / Bild)
Julian Aicher : (Text / Bild)

Vorsitzender:
Dr. Axel Berg
Feilitzschstraße 26
80802 München
Tel.: +49(0)89-394821
Fax: +49(0)89-33090424
Mail: berg@energiwerk.org
www.axel-berg.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts : Julian Aicher
Rotis 5/2
D-88299 Leutkirch
Tel.: 07561/70577
julian.aicher@rio-s.eu

Aktions - und Gedenktage 2016 Denkbar passende Termine für einen Tag des offenen Wasserkraftwerks

- 1. Januar 25 Jahre Strom-einspeisungsgesetz
- 5. März Tag des Energiesparens
- 11. März 5 Jahre Atomkraftkatastrophe Fukushima
- 13. März Landtagswahl in Baden-Württemberg
- 22. März UNO-Weltwassertag
- 22. April Tag der Erde
- 26. April Gedenktag 30 Jahre Atomkatastrophe Tschernobyl
- 26. April Tag der Erneuerbaren Energien
- 3. Mai Tag der Sonne
- 16. Mai Pfingstmontag - Deutscher Mühlen-tag
- 22. Mai Internationaler Tag der Artenvielfalt
- 30. Mai 3 Jahre Extrem-Hochwasser Ende Mai Anfang Juno 2013
- 5. Juno Welt-Umweltag
- 17. Juno Welttag zur Bekämpfung der Wüstenbildung
- 6. Juli Tag des Kusses
- 11. September Tag es offenen Denkmals
Motto 2016: Gemeinsam Denkmale erhalten
- 16. September Internationaler Tag des Elektromobiles
- 30. Oktober Weltspartag
- 12. Dezember 1 Jahr UNO Klimaerklärung Paris 2015

Nachlese zum Wasserkraftstammtisch vom 19. September

Fotos: Thomas Kipp
Julia Neff

von Julia Neff

Wasserkraftwerk Eulersbach - Vorderlehengericht

Der zweite Wasserkraftstammtisch in diesem Jahr fand am 19. September 2015 an der Wasserkraftanlage (WKA) vor Eulersbach in Vorderlehengericht bei Schiltach statt. Die WKA befindet sich an der Kinzig und ist Eigentum der Firma Gebrüder Heinzelmann GmbH & Co. KG, bei welcher unser Vorstandsmitglied Reinhard Georg Koch Geschäftsführer ist.

Pünktlich um 15.00 Uhr versammelten sich etwa 30 Interessierte am Standort der WKA. Unser Vorstandsmitglied Reinhard Georg Koch begrüßte im Namen seiner Familie und Thomas Kipp die Teilnehmer und verkündete seine Freude über das zahlreiche Erscheinen der Anwesenden.

Zu Beginn erläuterte Thomas Kipp die Geschichte der Stadt Schiltach und der WKA vor Eulersbach sowie auch den firmellen Hintergrund der Gebrüder Heinzelmann GmbH & Co. KG.

Schiltach ist die Stadt der Flößer, der Gerber und des Fachwerks und liegt am Zusammenfluss der Kinzig und der Schiltach. Durch den großen Waldreichtum an beiden Flüssen von etwa 80 % auf der Gemarkung Schiltach und durch die enge Tallage entwickelte sich schon im 14. Jahrhundert die Flößerei. Diese war über Jahrhunderte ein bedeutender Wirt-

schaftszweig für die Region. Nicht nur die Flößerei, auch die Nutzung der Wasserkraft hat eine lange Tradition. Früher waren es die Getreide- und Sägemühlen, heute dienen die Anlagen fast ausschließlich zur Stromgewinnung.

Auf der Gemarkung Schiltach - Vorderlehengericht laufen heute 10 Wasserkraftanlagen, die eine Ausbauleistung von 3 bis 350 kW aufweisen und zusammen jährlich im Durchschnitt ca. 5 Mio. kWh CO₂ freien Strom erzeugen. Diese erzeugte Energie reicht gerade so aus um die 3.800 Einwohner der Gemeinde, ohne die Industrie, zu versorgen. An den beiden Flüssen haben sich auch drei größere Firmen der Industrie niedergelassen und sorgen für Arbeitsplätze. Wie zum Beispiel die Firmen Hansgrohe Deutschlands Vertriebs GmbH, Vega Grieshaber KG und die BBS GmbH.

Nach einer kurzen geschichtlichen Einführung zur Stadt Schiltach stellte Thomas Kipp die WKA vor Eulersbach, eines der vier Wasserkraftwerke der Firma Gebrüder Heinzelmann GmbH & Co. KG, näher vor. Die WKA befindet sich an der Kinzig im oberen Kinzigtal, unterhalb der Stadt Schiltach im Ortsteil Vorderlehengericht. Von der Wehranlage in der Kinzig

wird das Wasser über einen ca. 900 m langen Oberwasserkanal den beiden Turbinen im Krafthaus zugeführt, bevor es über den Unterwasserkanal, der als Gewölbe hergestellt ist, der Kinzig wieder zugeführt wird. Erbaut wurde die WKA vor Eulersbach im Jahre 1903 mit einer Francis-Turbine. 1933 wurde die WKA umgebaut und auf zwei stehende Kaplan-turbinen mit je 160 kW Leistung erweitert.

Von 2008 bis 2011 wurden bei beiden Maschinen die Leit- und Laufräder, die Generatoren und die elektrische Steuerung erneuert. Heute besitzt die WKA vor Eulersbach eine Ausbauleistung von 350 kW. Dabei liegt das Nutzgefälle der WKA, durch den langen Oberwasserkanal, bei ca. 6,5 m und das Schluckvermögen der einzelnen Maschinen bei ca. 6,5 m³/s je Maschine. Die heutigen ökologischen Anforderungen wurden an der WKA vor Eulerbach umgesetzt, so wurde an der Wehranlage eine großzügige Fischaufstiegsanlage in Form eines Schlitzpasses mit entsprechender Restwassermenge eingebaut. Zusätzlich wurde am Vertikalrechen vor der WKA noch eine Fischabstiegseinrichtung installiert.

Im Anschluss an die Besichtigung ging es in den Gasthof Kreuz nach Wolfach-Halbmeil. Dort berichtete unser Vorsitzender, Dr. Axel Berg, in einem fesselnden Beitrag über die aktuelle Lage der erneuerbaren Energien.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei allen bedanken, die beim Organisieren des Stammtisches geholfen haben. Vor allem jedoch bei der Familie Koch und Thomas Kipp für die erstklassige Führung und Vorstellung der WKA vor Eulersbach in Schiltach - Vorderlehengericht und beim Referenten Dr. Axel Berg. An alle Teilnehmer ein Danke für Ihr Kommen.

Neue AWK Vorstands-Kandidatin

Iracema Kramer

Junge Kräfte für Wasserkraft.

Zur Jahres-Hauptversammlung am 7. Mai 2016 kandidiert sie für den Vorstand:

Iracema Kramer

* 12. September 1977

Geschäftsführerin der J.F.Dorn GmbH in Forbach (Kreis Rastatt)

Die J.F. Dorn GmbH unterhält dort in der Murg zwei Francis-turbinen von 1916.

Warum kandidiert sie? Dazu Iracema Kramer:

Ich stehe absolut hinter der Wasserkraft und freue mich, wenn ich meinen Beitrag dazu leisten darf, die Wasserkraft positiv mit all ihren Traditionen und Innovationen zu vertreten. Die Geschichte der Wasserkraft ist eine Erfolgsgeschichte und sollte als solche in der Bevölkerung und in der Politik wahrgenommen werden. Gerade jetzt vor dem Hintergrund der Energiewende sollten wir ganz vorne mit dabei sein.

Die Verbandsarbeit der AWK und die Vernetzung der einzelnen Wasserkraftbetreiber untereinander kann nur Vorteile bringen.

Ich bin an der Murg mit Wasserkraft aufgewachsen und bin überzeugt davon, dass wir Strom aus erneuerbaren Energiequellen mehr denn je brauchen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken.

Mit freundlichen Grüßen

Iracema Kramer

AWK Vorsitzender Dr. Axel Berg berichtet über Erneuerbare-Energienpolitik der Landesregierung. Er kann sich kurz fassen.

Bundesnetzagentur – - Anlagenregister: - Änderungen unbedingt melden! -

Elmar Reiter; Martin Renn. Die Bundesnetzagentur betreibt im Rahmen ihrer Aufgaben, die das EEG vorgibt, unter anderem das Anlagenregister. Die Meldepflichten ins Anlagenregister betreffen sowohl alte, als auch neue Wasserkraftanlagen. Seit dem EEG 2014 müssen dort Wasserkraftanlagenbetreiber innerhalb extrem kurzer und unrealistisch gewählter Fristen, Meldungen zum Eintrag ins Anlagenregister machen. Zu melden sind unter anderem jegliche wasserrechtliche Genehmigungen, Fertigstellungen, Inbetriebnahmen, Modernisierungen und etc., die eine Veränderung der Leistungsfähigkeit und/oder der Leistung selbst nach sich ziehen. Eine verspätete Meldung hat zur Folge, dass Ihre EEG Vergütung vom Zeitpunkt der verpassten Meldepflicht bis zur Meldung ins Anlagenregister auf NULL Euro reduziert wird. Das heißt eben, dass Sie für diesen Zeitraum keine Vergütung bekommen, obwohl Sie Strom geliefert haben, der verbraucht wurde, und obwohl Sie dabei Betriebskosten hatten.

Im November trafen wir uns mit den zuständigen Vertretern der Bundesnetzagentur in Bonn. Der Besuch bei der Bundesnetzagentur hatte zum Ziel, der Behörde die Thematik Wasserkraft näher zu bringen und um Verständnis für unsere Situation zu werben, welche doch in vielen Fällen ganz anders ist als bei den anderen Erneuerbaren Energien. Wir wollten die für die Wasserkraft extrem praxisfremden Fristen besprechen und auf die maßlos überzogene Bestrafung bei Versäumnissen hinweisen. Dazu sollten Hinweise zur Auslegung der EEG-Regeln den gewünschten Vorteil bringen, dass die Wasserkraft eher dehnbaren Fristen unterworfen wird. Allerdings haben wir außer Gehör und Verständnis bisher leider noch nichts erreichen können.

WICHTIG! Wir weisen Sie deshalb erneut darauf hin, sich mit dem Anlagenregister zu beschäftigen und lieber zu viel zu melden als zu wenig !!! Genauere Informationen zum Anlagenregister, zu meldepflichtigen Vorgängen, Meldefristen, Formulare und die Anlagenregisterverordnung finden Sie mittlerweile auf der Homepage der Bundesnetzagentur. (In eine Internet Suchmaschine Folgendes eingeben: Anlagenregister +Bundesnetzagentur).

Abschließend möchten wir Ihnen nochmals nahe legen: rechtzeitig ins Anlagenregister zu melden, und lieber zu viel als zu wenig zu melden.

Näheres finden Sie auf unserer Homepage www.wasserkraft.org.

**AWK-Jahreshauptversammlung am 7. Mai in Nagold mit
Vorab-Treffen am Vorabend in Nagold mit dem AWK-Vorstand für alle
interessierten AWK-Mitglieder**